

Bauernnot und Wahltag!

Landwirtschaftliches Notprogramm und Bauernparteien - ein Betrug an den werktätigen Bauern

Die Not der Landwirtschaft ist in diesen Tagen in aller Munde. Noch niemals hatten Deutschlands Städte und Dörfer so schallend und tief wider von dem Ruf: „Landwirtschaft in Not!“ gehört und allerorts spricht man darüber, wobei die Ansichten und Auffassungen oft recht weit auseinandergehen. Auf der ganzen Linie ist zugleich der Kampf um die Gewinnung der Bauernmassen entbrannt. Auch der Wahlkampf ist ein Teil dieses Kampfes um sich. Der Rotor: „Heft der Landwirtschaft!“ soll euch einigen, groß und klein, Gutsbesitzer und Bauersmann, Großgrundbesitzer, Pächter und Bäcker. Die „Einigung“ des Landvolkes soll verstanden werden, was Rechtsparteien und Landbund, was agrarische Bauernfeinde und bürgerliche Bauerntrüger, was Bürgerblockregierung und Bürgerblockparteien in den letzten Jahren an der werktätigen Bauernschaft durch Irreführung, Betrug, Heberverteilung, Ausplünderung gesündigt haben. (Nicht waren die gewaltigen Bauerndemonstrationen in allen Ländern und Provinzen Ausdruck eurer Not und Verzweiflung. Wer rief euch zu den Kundgebungen und Demonstrationen vor die Finanzämter? Wer kennt sie, die Landbesitzer, die Herren von Adel, mit von und zu, die Herren, Barone, Ritterguts- und Gutsbesitzer, die „Bauernpolitiker“ in den bürgerlichen Parteien, alle dieselben Geistes, die in der Reichsregierung, in Reichs- und Landtag, in den Landwirtschaftsfamilien, in den Karrier-Banken und Genossenschaften immer wieder das entscheidende Wort gegen euch und eure Interessen geführt haben. Warum nicht die Bauern auf?



Hepp, DNP, Vorsitzender des Landbundes

„Der Not der Landwirtschaft ein Ende zu machen“ durch: Zollernormen auf Agrarprodukte, durch Einfuhrsperren und Ausweitung des Einfuhrschutzes, durch Umschuldungs-, Gewährschafts- und Rationalisierungskredite, durch neue Staatsdarlehen, durch Abbau der Soziallasten. Unter der Mithilfe der Demonstrationen bewilligten Bürgerblockregierungen und zuletzt im Notprogramm rund 300 Millionen - aber nicht für werktätige Bauern, sondern für das Agrar-, Handels- und Bankkapital.

In Notprogramm wird das Einfuhrkontingent an zollfreiem Getreide von 120 000 Tonnenn auf 50 000 Tonnenn jährlich gesenkt, wobei zu beachten ist, daß bei stetig sinkender Kaufkraft der Stadtbewohner, bei dem Erwerbstopfen und Soziallasten Nachfrage und Absatz von frischem Fleisch sich im nächsten Jahrern kann. Die Preissteigerungen im Zwischenhandel belasten den Erzeuger, den werktätigen Bauern wie den Verbraucher. Das Handelskapital aber schlingt und schlingt an Zwischenhandel mit Sähen und Klauen. Das Notprogramm lehnt das Einfuhrschutzesystem auf Schweine und Schmirnschmalz zugunsten der großen Fleisch-Ein- und Ausfuhrkonzerns aus, ohne daß der Preis des Bundes Lebensmittel für den Bauer steigt und die Futtermittel im Preise fallen. Weiter: 2 Millionen für die Organisation des Abfahes von Bleh und Fleisch, für die Förderung des Viehauftriebs auf den Schlachthofmärkten, für die Errichtung von Einrichtungen zur Bewertung von Schlachtwiech, für die Errichtung neuer Vieh- und Fleischabfahmärkte im Ausland, für die Rationalisierung der Schweinezucht und Schweinefleisch. - Werden diese 8 Millionen für die schaffenden Bauern oder für den Viehhandel, für die Fleischwarenindustrie, für die industriellen Schweinegroßmätereien sein? Die Junker und Kapitalisten bewilligten sich weitere 25 Millionen für die Rationalisierung der Genossenschaften. Die Erfahrungen der Bauern in der landwirtschaftlichen Genossenschaftspolitik sind zu erschreckend und erst, als daß der werktätige Bauer auch nur die geringste Hoffnung auf weitere Hilfe horizon begen könnte. Chemie dürfte feststehen, daß die weiteren 30 Millionen für außerordentliche Notstände in der Landwirtschaft eine Beute der Agrarkapitalisten und Bauernfeinde werden.

Mit dem Notprogramm auf in den Wahlkampf! Mit diesen Millionen sollen sie euch und eure Stimmen für den 20. Mai. Wenn ihr nicht national, nicht zentralistisch, nicht demokratisch oder gar sozialistisch wählt, dann wählt Christlich-nationale Bauernpartei, wählt Deutsche Bauernpartei, wählt Hepp, wählt Hehr! Das wird der Wahlspruch von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten auf dem Lande sein. Die schlanen Bauernpartei und Bauerntrüger haben nun in richtiger Erkenntnis der bürgerlichen Unzuliebeit und Mißtrauensstimmung gegenüber Landbund und Deutsche Bauernschaftsführung die „Christlich-nationale Bauernpartei“ mit dem Reichslandbundespräsidenten Hepp und die „Deutsche Bauernpartei“ mit dem bayerischen Landwirtschaftsminister Prof. Dr. Hehr an der Spitze der werktätigen Bauernschaft als „Bauern-Parteien“ in wohlweislicher Verständigung und Überlegung mit den bürgerlichen Parteien präsentiert.

Ein kluges Wahlmandat, ein geschickter Schachzug mit dem Ziel eines heuchlerischen, demagogischen Bauernbetruges ein wahrhaft politischer Bauernjag! - Aber die werktätigen Bauernmassen werden sich am 20. Mai bei der Reichs- und Landtagswahl auf folgendes besinnen:

Schwarzweißroter Bürgerblock und Schwarzrotgoldene Preußenpartei vereinigen gegen die Bauernschaft!

Die Rechtsparteien- und Landbündnisse gegen die Preußenregierungen und ihren Landwirtschaftsminister Steiger als Abfertigungsmandat von der eigenen Schuld und Verantwortung darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß in allen für die werktätigen Bauern entscheidenden Lebensfragen Reichs- und Preußenregierungen sich für die Junker und Agrarkapitalisten und gegen die Bauern entschieden hat. Schon die Erhöhung der Industriezölle 1922 und erst recht die Industriezollerhöhungen der späteren Jahre mit ihrer großen Steigerung der Preise der Industrieprodukte für den Bedarf der bäuerlichen Wirtschaften fanden Unterstützung bei der preußischen Staatsregierung. Auch die landwirtschaftlichen Zölle und Zollerhöhungen der Jahre 1925, 1926 und 1927, die, wie die Bauernnot beweist, den werktätigen Bauern keineswegs Vorteile brachten, wurden gemeinsam von den Agrar- und Industriekapitalisten innerhalb der Regierungsparteien beider Regierungen unter der Devise des „Ausgleichs der Agrarzölle an die hohen Industriezölle“ in der Tat gegen die bäuerlichen Interessen durchgeführt. Beim Abschluß der Handelsverträge der Reichsregierung, der in der Wehrzeit auf der Grundlage des v. Schlieffen'schen Zolltarifs 1925 unter fast jedesmaliger Zustimmung der Länderregierungen im Reichsrat erfolgte, wird die Großindustrie auf Kosten der Bauernwirtschaften stets überverteilt. Reich und Länder weifiern geradezu in der Steuerbelastung der werktätigen Bauern. Duzende Steuerarten peinigten und würgten die Bauernschaft. Vom Reich her lasten Einkommen-, Vermögen-, Umsatz-, Grunderwerbsteuer und Rentenbankumlage auf den Bauernwirtschaften. Hinzu kommen die Landes-, Kreis- und Gemeindeabgaben. Mit grenzenloser Brutalität, unter Ausbeutung von Aufsatz und Polizeigewalt tritt der Staatsapparat als Steuerintreiber gegenüber den werktätigen Bauern in Funktion.

Warum Vereinfachung der Bauern auf der Scholle?

Die bäuerliche Wirtschaft befindet sich seit Jahren in trübseligem Zustand. Mehr Jahre Nachkriegszeit - so unter links- oder Rechtsregierung - vermochten nicht, eine Besserung der Lage der bäuerlichen Wirtschaften herbeizuführen. Im Gegenteil, in den



Der Gerichtsvollzieher stellt sich bald ein

inverna- und Kleinbäuerlichen Wirtschaften verflechteter sich die Lage und in den Reich und in den Ländern wird statt Bauernnot und kapitalistische Agrarpolitik betrieben.

Die kapitalistischen Regierungen plünderten in den letzten Jahren ebenso die werktätigen Bauernmassen wie die proletarischen und Kleinbürgerlichen Schichten aus.

In der kapitalistischen Industrialisierung und Rationalisierung der Großlandwirtschaft ist der langsame, aber sichere Niedergang der Bauernwirtschaften weiterhin begründet. Die werktätigen Bauernmassen müßten verelenden

unter der zurückbleibenden Leistungsfähigkeit der bäuerlichen Wirtschaften gegenüber den großlandwirtschaftlichen Betrieben.

unter der stetigen Steigerung der Preise für bäuerliche Produktionsmittel, für Hausbalkenartikel und Hausbalkenbedarf,

unter den hohen und immer steigenden Futtermittelpreisen,

unter der Kreditnot, unter Macht- und Zinswucher der Grundbesitzer und Banken, unter der Preisdiktatur der Truiste und Kartelle,

unter wachsendem Bodenmangel, steigenden Bodenpreisen und der Unterbindung der bisherigen geringen Siedlungsmöglichkeiten für den bäuerlichen Nachwuchs,

unter der Nichtbesserung der Lage der Bauern durch Industrie- und Agrarzölle als Mittel zur Ausräumung der Bauern durch industrielle Kräfte, Großhandelskonzerne und Großagrarier,

unter der Nichtaufhebung der ungerechten Steuerpolitik.

Kommunistische Forderungen für die Bauern!

Im Reichstag und in den Länderparlamenten haben die kommunistischen Fraktionen bei den Landwirtschaftsberatungen und bei der Beratung des Notprogramms, neben zahlreichen anderen, Forderungen für die bäuerliche Familienwirtschaft wie folgt erhoben:

1. Befreiung der bäuerlichen Nahrung von jeder Vermögen-, Nachlass- und Umsatzsteuer und den Rentenbankgrundschuldschulden sowie Herabsetzung des steuerfreien Einkommensanteils bei der Einkommensteuer unter Freilassung der mitarbeitenden Familienangehörigen.
2. Bereitstellung eines ausreichenden Fonds zur Gewährung billiger und langfristiger Staatskredite zwecks Abwicklung drückender Verbindlichkeiten und zur Herabgabe von zinslosen Beihilfen.
3. Ueberweisung des bisherigen Pachtlandes, das von Klein- und Parzellenbauern bewirtschaftet wurde, an den bisherigen Pächter zu Bedingungen, die ein rentables Wirtschaften möglich machen.
4. Verbot von Zwangsentlegungen aus bäuerlichem Boden und Inventar auf Grund rückständiger Steuer- und Pachtschulden. Einführung eines Vergleichsverfahrens zur Abwicklung aller jener Verbindlichkeiten, die infolge der allgemeinen Notlage oder besonderer Unglücksfälle eingegangen werden mußten.
5. Schaffung einer einheitlichen Bernisverletzung für das ganze Reich auf Grund des allgemeinen direkten Wahlrechts aller in der Landwirtschaft beschäftigten Männer und Frauen einschließlich der Landarbeiter.
6. Belieferung der bäuerlichen Familienbetriebe mit den notwendigen Düngemitteln, Maschinen, mit Saatgut, Zuchtvieh, Obstbäumen u. dergl. unter besonderer Berücksichtigung der jeweiligen Bodenverhältnisse, Betriebslage und Abgabenverhältnisse.
7. Schaffung von Einrichtungen zur Reinigung, Aufbewahrung, Verarbeitung und zum lochgemäßen Verkauf bäuerlicher Produkte.



Die Anträge wurden mit der Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten abgelehnt.

Die Anträge wurden mit der Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten abgelehnt.

Rettung bringt nur das Bündnis der Arbeiter und Bauern

Die Kommunisten sagen es offen: Der bürgerlich-kapitalistische Staat mit seiner ganzen Macht in den Händen der Kapitalisten und Junker ist der Todfeind der Bauernschaft! Bauern und Arbeiter sind die gemeinsam Betrogenen und Ausgebeuteten. Daher müssen sich Bauern und Arbeiter vereinen zum Kampf gegen den kapitalistischen Staat, gegen Kriegsgelahr, gegen seine kapitalistische Schutzholl-, Steuer-, Kredit- und Siedlungspolitik. Die Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten sind die Helfer des Kapitals in seinem Kampf gegen die Werktätigen in Stadt und Land. Die Arbeiter und Bauern werden antworten mit dem revolutionären Kampf um eine Regierung der Arbeiter und schaffenden Bauern.

Werktätige Bauern, schaut nach Sowjetrußland! Dort haben die werktätigen Bauern Schulter an Schulter mit dem Stadtproletariat sich Land und einen wirtschaftlichen Aufstieg erkämpft. Die SPD hat Bauern aus euren Reihen auf ihre Listen gestellt. Gebt am 20. Mai, dem Wahltag, euren Feinden und Betrügern eure Antwort! Quittiert den Betrug und Verrat! Werdet euch am 20. Mai bewußt, daß die Kommunisten entschieden für eure Interessen kämpfen und kämpfen werden. Werdet euch bewußt auch der Tatsache des großen Sieges der Arbeiter und Bauern Rußlands über die kapitalistischen Ausbeuter und Unterdrücker!

Werktätige Bauern, entscheidet euch für die Bereitschaft zum Kampfbündnis aller Werktätigen!

**Wählt Liste 5
Kommunistische Partei!**



Die letzte Kuh aus dem Stall wird geholt

Die Lage der Textilarbeiterinnen